

p.B.15.50.4.(Pol). - FK/gs  
s.B.72.9.15.1.

B 12. MRZ 71

*Günther Köpcke*

*oo/h*

VERTRAULICH

Besuch des Vize-Aussenministers von Polen, Adam Willmann,  
 in Bern vom 16. bis 19. Februar 1971

A u f z e i c h n u n g  
der Besprechung vom 17. Februar 1971, 10.00 bis 12.15 Uhr

1. An der in französischer Sprache geführten Besprechung, die dem Projekt einer Europäischen Sicherheitskonferenz und bilateralen Fragen gewidmet war, beteiligten sich

auf polnischer Seite:

Adam WILLMANN	Vize-Aussenminister
Edward PIETKIEWICZ	Polnischer Botschafter in Bern
Franciszek FABIJANSKI	Handelsrat in Bern
Tadeusz JANKOWSKI	Erster Sekretär in Bern
Stanislaw KAZMIERCZAK	Aussenministerium, Swiss desk
Tadeusz ZYCH	Zweiter Sekretär in Bern

auf schweizerischer Seite:

Ernesto THALMANN	Botschafter, Generalsekretär des EPD
Rudolf L. BINDSCHEDLER	Botschafter, Rechtsberater
Raymond PROBST	Botschafter, Delegierter für Handelsverträge
Hans MIESCH	Minister, Chef des Politischen Dienstes Ost
Albert L. NATURAL	Minister, Chef des Dienstes für politische Studien und Dokumentation
Peter ERNI	Chef des Informations- und Pressedienstes
Lukas BURCKHARDT	Chef der Sektion für kulturelle Angelegenheiten
François P. CHÂTELAIN	Politischer Dienst Ost

- 2 -

Louis ROCHES	Handelsabteilung des EVD
Edouard BRUNNER	Politischer Dienst West
Karl FRITSCHI	Politischer Dienst Ost (Aufzeichnung)

2. Nach gegenseitiger Begrüssung und einleitenden Worten von Herrn Thalmann äussert sich Herr Willmann über die Lage in Europa namentlich im Hinblick auf die Verwirklichung des Projekts einer Europäischen Sicherheitskonferenz wie folgt:

Wenn heute die Situation namentlich in Zentraleuropa besser ist als noch vor zwei, drei Jahren, so deshalb, weil Bonn am 12. August 1970 mit Moskau und am folgenden 7. Dezember mit Warschau die beiden bekannten Verträge abgeschlossen hat. Damit wurden wichtige Fortschritte erzielt, die auch bloss vor einem Jahr noch unmöglich schienen. Die Ratifikation der beiden Verträge hängt im Falle des westdeutsch-sowjetischen Vertrags von gewissen politischen Voraussetzungen und im Falle des westdeutsch-polnischen Vertrags von einer zeitlichen Koordination mit dem ersten Ratifikationsverfahren ab. Die Perspektiven, die diese beiden Verträge und ihre Ratifikation eröffnen, sind nicht nur ermutigend für Moskau und Warschau, sondern auch für alle übrigen osteuropäischen Länder, die mit der Bundesrepublik noch keinen derartigen Vertrag abgeschlossen haben. Mit der Anerkennung der Oder-Neisse-Grenze und der Grenze zwischen den beiden Deutschland - um nur diese beiden wesentlichen Punkte zu erwähnen - werden für die Zukunft Europas neue Gegebenheiten und ein neues Klima geschaffen.

Es ergibt sich aus der Dezember-Erklärung der NATO und aus offiziellen Verlautbarungen Bonns, dass die Berlin-Regelung als Vorbedingung für die Ratifikation der beiden erwähnten Verträge und für die Abhaltung der vorgeschlagenen Europäischen Sicherheitskonferenz genannt wird. In polnischer Sicht sollte die Sicherheitskonferenz ohne jede Vorbedingung einberufen und durchgeführt werden. Gerade dieses Treffen selbst könnte die Regelung der hängigen Probleme fördern und das Einvernehmen zwischen den interessierten

Parteien begünstigen.

Im Berlin-Communiqué vom 2. Dezember 1970 des Warschauer Pakts heisst es, es müsse eine Berlin-Regelung gefunden werden, die von allen Parteien akzeptiert werden kann. Um eine solche Lösung geht es in den Aktionen der Sowjetunion und in den innerdeutschen Gesprächen. Die jüngsten Gespräche der vier Schutzmächte eröffnen ermutigendere Aussichten als der bisherige Gang dieser Berliner Zusammenkünfte.

Wir können die Versicherung abgeben, dass sowohl die UdSSR wie die übrigen Mitglieder des Warschauer Pakts von gutem Willen beseelt sind. Beweis hiefür sind das Berliner-Communiqué vom letzten Dezember sowie die Haltung der Sowjetunion in den Berlin-Gesprächen und bei vielen andern Gelegenheiten.

Wir haben zudem sichere Anzeichen von westlicher Seite (sowas namentlich von Grossbritannien und Frankreich), dass diese Länder in den Bemühungen um eine befriedigende Berlin-Regelung eine positive, konstruktive Rolle spielen. Diesen Staaten geht es ebenfalls darum, eine Lösung zu erreichen, die für alle Parteien gleichermaßen akzeptierbar ist.

Auch die innerdeutschen Gespräche Bahr-Kohl dienen einer Verbesserung der Lage. Hier haben gemäss Auskunft von Herbert Wehner, der zurzeit Polen besucht, die eigentlichen Verhandlungen schon begonnen.

Was die Beziehungen zwischen den beiden Supermächten betrifft, so ist die UdSSR - wie Gromyko dem polnischen Aussenminister anlässlich der Unterzeichnung des Meerboden-Vertrags in Moskau gesagt haben soll - weiterhin daran interessiert, im Verhältnis zu den Vereinigten Staaten befriedigende Lösungen zu erreichen. Polen ist überzeugt, dass die Sowjetunion alles in ihrer Macht Stehende unternimmt, damit die SALT-Gespräche fortgesetzt und zu Ergebnissen geführt werden, denen beide Parteien zustimmen können.

- 4 -

Die Lage in Indochina fördert indessen keineswegs eine Verbesserung der gegenseitigen Beziehungen zwischen den beiden Supermächten und allgemein des politischen Klimas in der Welt. Wir sehen jedoch, wenn es um Europa geht, keine Anzeichen dafür, dass auf diesem Kontinent zwischen der UdSSR und den USA ernsthafte Schwierigkeiten entstehen könnten.

Herbert Wehner hat seinen polnischen Gesprächspartnern in Warschau erklärt, die parlamentarische Mehrheit der gegenwärtigen Koalitionsregierung in Bonn erlaube die Ratifikation der beiden Verträge der Bundesrepublik mit der Sowjetunion und mit Polen. Wehner ist auf jeden Fall davon überzeugt, dass die Ratifikation im Bundestag durchkommen wird. (So wurde z.B. vor kurzem das Budget mit einer Mehrheit von 20 Stimmen angenommen).

Die derzeitige SPD/FDP-Koalition tut ihr Möglichstes, damit in der Berlin-Frage Fortschritte erzielt werden. Nach Wehners Ueberzeugung sollte die Ratifikation von Bonns Verträgen mit Moskau und Warschau noch dieses Jahr möglich sein.

In polnischer Sicht ist auf westdeutscher Seite der gute Wille für eine baldige Ratifikation der Verträge wie auch für die Fortsetzung von Bundeskanzler Brandts Ostpolitik tatsächlich vorhanden. Sollte es der Bundesrepublik gelingen, ihre Beziehungen auch mit der CSSR, der DDR und mit den übrigen osteuropäischen Staaten zu normalisieren, so würde dies in Europa ein neues Klima schaffen und eine neue Situation auch für die Abhaltung der Europäischen Sicherheitskonferenz herbeiführen. Im Interesse einer solchen Entwicklung will Polen tätig sein.

Herr Willmann schliesst mit der Bemerkung, er sei nicht in der Lage, über die amerikanische Haltung zu sprechen. Aber vielleicht würden seine schweizerischen Gesprächspartner Ziele und Absichten Washingtons in Sachen Berlin und Vorbereitung der Europäischen Sicherheitskonferenz besser kennen.

3. Herr Thalmann, der zu Beginn auf die Berlin-Regelung als NATO-Vorbedingung für die Europäische Sicherheitskonferenz und - als weiteres retardierendes Element gegen deren baldige Abhaltung - auf die Verschlechterung der Beziehungen zwischen den beiden Supermächten hinwies, stellt fest, dass sein polnischer Gesprächspartner den Dingen eine optimistischere Note gibt.

Die Schweiz nimmt gegenüber dem Konferenzprojekt eine grundsätzlich positive Haltung ein; diese Haltung ist aber gleichzeitig auch realistisch. So sind wir an allem interessiert, was den Frieden in Europa zu konsolidieren vermag. Realismus verlangt indessen, dass für diesbezügliche Fortschritte ein Konsens von allen Seiten vorhanden ist.

Wir können nicht über die Haltung der Vereinigten Staaten sprechen. Immerhin scheint es, dass Washington die Politik Bonns unterstützt.

Herr Thalmann eröffnet die **D i s k u s s i o n** über die Europäische Sicherheitskonferenz, die namentlich den beiden Themen Gewaltverzicht und Konferenzvorbereitung gewidmet ist.

Herr Bindschedler fragt, welches bei einer Konferenz, die sich der Stärkung und Garantierung der Sicherheit in Europa widme, die Möglichkeiten seien, dieses Ziel zu erreichen, und mit welchem Verfahren man dorthin gelange. So stellt z.B. das Traktandum Gewaltverzicht einige Fragen:

Das Prinzip des Gewaltverzichts ist in der UNO-Charta verankert und gilt als Grundsatz des allgemeinen Völkerrechts. Warum sollte in einem europäischen Dokument ein Grundsatz lediglich wiederholt werden, der - mindestens theoretisch - weltweit anerkannt ist? Es geht vielmehr um eine Präzisierung dieses Prinzips, damit seine Umgehung verhindert wird. Seit 1946 gilt der Gewaltverzicht zwischen den Blöcken, nicht aber innerhalb der Blöcke; dieses Problem zu lösen, stände im Interesse aller Staaten in der Welt.

Europa hat seit dem Zweiten Weltkrieg viel von seinem früheren Einfluss verloren. Europa allein ist zu schwach, um seine eigene Sicherheit zu gewährleisten. Auch hier hängt die Lösung letzten Endes von den Blöcken und im Grunde genommen von den beiden Supermächten ab. Die Frage ist deshalb berechtigt, was mittlere und kleine Mächte für die Sicherheit Europas tun können.

Prinzipien sind gut, besonders wenn sie auch innerhalb der Blöcke gelten würden. Es braucht aber auch Verfahren der Streit-erledigung, die obligatorisch sein müssen. Dies wollen gerade die Supermächte nicht. Die Schweiz jedoch hat seit langem schon den Grundsatz der obligatorischen friedlichen Beilegung von zwischenstaatlichen Streitigkeiten verfochten. Da wir auf diesem Gebiete über einige Erfahrungen verfügen, stellen wir - ohne uns Illusionen hinzugeben - Ueberlegungen an, wie dieser Grundsatz im Rahmen der Europäischen Sicherheitskonferenz zur Geltung gebracht und verwirklicht werden könnte.

Herr Willmann: Die Ueberlegungen von Herrn Bindschedler beschäftigen auch Polen. So geht es in polnischer Sicht z.B. um Verfahren der friedlichen Streiterledigung im Sinne von Vorbeugungs-massnahmen gegen Gewaltakte. Das polnische Aussenministerium stellt hierüber seit zwei Jahren eingehende Untersuchungen an. Ausgearbeitet wird ein Dokument über die Sicherheit in Europa; darin werden auch Fragen behandelt, die soeben aufgeworfen wurden.

Es soll eine Konferenz nicht der Blöcke, sondern aller Länder, unabhängig von ihrer Blockangehörigkeit, werden. Deshalb müssen auch die Neutralen an sämtlichen Phasen der Vorbereitung und Durchführung der Konferenz teilnehmen. Polen erachtet deswegen seine Kontakte mit Finnland, Oesterreich, Schweden und der Schweiz als sehr wichtig. Finnlands Initiative und Oesterreichs Memorandum nehmen in den polnischen Ueberlegungen einen grossen Platz ein. Die positive Haltung der Schweiz gegenüber dem Konferenzprojekt ist eine gute Sache, weil sie im Interesse von ganz Europa ist.

- 7 -

Was den Gewaltverzicht betrifft, so ist die Wiederholung dieses Prinzips der UNO-Charta nach polnischer Auffassung angezeigt, wenn es um die Sicherheit von ganz Europa geht. Weder die DDR noch die BRD sind nämlich Mitglied der UNO. Bei regionalen Lösungen sind Wiederholung und Stärkung von Grundsätzen angezeigt, z.B. im Sinne von Herrn Bindschedlers Ausführungen. Denkbar ist ein Verfahren, das alle Länder zu dieser oder jener Form der friedlichen Streiterledigung nötigen würde. Es geht tatsächlich darum, in Uebereinstimmung mit der UNO-Charta friedliche Mittel zur Streiterledigung zu suchen. So könnten z.B. in allen Fragen der Sicherheit Europas Konsultationen vorgeschrieben werden, besonders in Fällen von militärischen Gewaltandrohungen.

Warschau hegt die Absicht, den polnischen Entwurf eines Abkommens über die Sicherheit Europas am Ende der ersten Konferenz vorzulegen; dieses Dokument könnte dann zur Behandlung an das permanente Organ weitergeleitet werden, das die Warschauer Pakt-Staaten in ihrem Budapester Memorandum vom Juni 1970 vorgeschlagen haben.

Herr Natural wirft einige Fragen auf, welche die Konferenzvorbereitung betreffen.

Wenn eine der Parteien für die Verwirklichung der geplanten Konferenz Vorbedingungen stellt, so kann ein neutrales Land wie die Schweiz nicht mehr tun, als dies zur Kenntnis zu nehmen.

Die Vorbereitung muss sorgfältig sein, weil es einen Misserfolg zu vermeiden gilt, der schlimmer wäre, als wenn die Konferenz nicht zustande käme. Es müssen Traktandenpunkte gefunden werden, welche Uebereinkünfte ermöglichen, d.h. vorerst muss - wie der finnische Sonderbotschafter Ralph Enckell sich ausdrückte - ein "accord sur l'accord" erreicht werden.

Hiefür ist die "tasse de thé", der "Botschafter-Salon" in Helsinki vorgeschlagen worden, eine gute Formel, die es erlaubt, schrittweise vorzugehen.

Es gibt schon eine Reihe von vorläufigen Uebereinstimmungen der Meinungen. Eine einzige Konferenz wird wohl kaum genügen, sondern eine Reihe von Treffen scheint sich aufzudrängen. Dies dürfte die Bildung eines permanenten Organs notwendig machen, über dessen Natur, Aufgaben und Kompetenzen allerdings noch keine präzisen Vorstellungen herrschen. Ferner stellt sich die Frage, wie die Konferenz arbeiten soll. Wie sollen die Entscheide getroffen werden? Ist den Konferenzen ein öffentlicher Charakter zu geben? Es sind dies wichtige Fragen, die nicht nur das Verfahren betreffen, sondern ebenso den Inhalt angehen.

Schliesslich haben wir die Rolle der Neutralen zu bedenken, von denen es heisst, sie sollten eine Konfrontation der Blöcke, die Kristallisation ihrer Konflikte zu vermeiden helfen. Aber die Blöcke existieren, und dies nicht zuletzt aus Gründen der Sicherheit. Die Auflösung der Blöcke könnte bestenfalls am Ende einer Entwicklung stehen, niemals jedoch an deren Anfang.

Herr Willmann: Da verschiedene Staaten die Multilateralisierung der Konferenzvorbereitung noch nicht akzeptieren, ist auch nach polnischer Auffassung die Verwirklichung des Vorschlags zugunsten des "Salon des ambassadeurs" in Helsinki zu begrüessen. Polen ist, wie bereits erwähnt, gegen irgendwelche Art von Vorbedingungen; da die Dinge jedoch einmal so sind, wie sie sind, hat Finnlands jüngstes Memorandum in Warschau ein positives Echo gefunden.

Es geht darum, die Fragen der Traktandenliste des nähern abzuklären; hiefür gibt es bereits die Prager und Budapester Vorschläge des Warschauer Pakts.

Was namentlich das Prozedere für die Vorbereitung und die Durchführung der Konferenz angeht, so enthält das zweite Budapester Memorandum hierüber erste Vorschläge. So sollen alle interessierten Staaten an sämtlichen Phasen der Konferenzvorbereitung teilnehmen und die dabei gefassten Beschlüsse einstimmig verabschieden. Nur ein

solches Vorgehen vermeidet die Kristallisation der Blöcke. Solche und andere Fragen wären an informellen Botschafter-Zusammenkünften in Helsinki zu vertiefen. Diese Treffen sollen so bald wie möglich aufgenommen werden, weil es vor Einberufung der eigentlichen Europäischen Sicherheitskonferenz noch manche Fragen zu regeln gibt.

Sicher werden die Blöcke nicht sofort aufgelöst werden; andererseits darf diese Möglichkeit langfristig aber auch nicht im vornherein ausgeschlossen werden. Polen sieht die Beseitigung der Blöcke als eine Realität am Ende einer Entwicklung, die durch die Europäische Sicherheitskonferenz ermöglicht wird.

Herr Thalmann: Die Schweiz steht dem Vorschlag zugunsten von Botschaftertreffen in Helsinki grundsätzlich positiv gegenüber. Auch wenn man die Beseitigung der Blöcke begrüsst, wird man von der Tatsache auszugehen haben, dass sie vorderhand noch weiterbestehen. Es wird deshalb der Schweiz nur dann möglich sein, an der vorgeschlagenen Konferenz und an den verschiedenen Phasen ihrer Vorbereitung teilnehmen zu können, wenn ein minimaler Konsens der Teilnehmer herrscht und wenn alle betroffenen Parteien sich daran beteiligen.

4. Herr Thalmann eröffnet die Diskussion über b i l a t e -  
r a l e F r a g e n .

Herr Probst verweist einleitend auf die beiden bilateralen Abkommen vom 25. Juni 1949 betreffend den Warenaustausch und den Zahlungsverkehr sowie über die Entschädigung der schweizerischen Interessen in Polen.

Was das zuletzt erwähnte Nationalisierungsabkommen betrifft, so kann mit Befriedigung festgestellt werden, dass diese Angelegenheit demnächst ihren endgültigen Abschluss finden wird.

Die schweizerisch-polnischen Handelsbeziehungen haben sich im Laufe der letzten Jahre stetig entwickelt. Die entsprechenden

Zahlen (ohne Transitverkehr) ergeben folgendes Bild: schweizerische Einfuhren: 68 Millionen Franken; schweizerische Ausfuhren: 120 Millionen Franken. Gegenüber dem Vorjahr hat sich das Gesamtvolumen um 20 % erhöht und liegt damit über der durchschnittlichen Erhöhung unseres Handelsverkehrs mit Osteuropa.

Fortschritte müssen namentlich noch in Sachen Diversifikation erzielt werden. In unserem Warenverkehr mit Polen setzen sich nämlich 70 % unserer Importe aus Agrarerzeugnissen zusammen, und 85 % unserer Exporte machen Produkte unserer Maschinen- und Chemie-Industrie aus.

Erwähnung verdient auch, dass das im Protokoll zum genannten Abkommen über den Waren- und Zahlungsverkehr geregelte Junktim für den gegenseitigen Austausch von landwirtschaftlichen Erzeugnissen nicht reibungslos funktioniert. Gemäss dieser Regelung wäre Polen gehalten, Käse und Zuchtvieh aus der Schweiz im Werte von 10 % der Exporte polnischer Agrarerzeugnisse zu beziehen. Ende 1970 betrug die aufgelaufene Saldoverpflichtung Polens rund 1 Million Franken.

Der Moment ist gekommen, dass wir uns der Zukunft zuwenden und unser vertragliches Verhältnis modernisieren. Die schweizerische Seite ist bereit, die entsprechenden Lösungen zu finden und unsere gegenseitigen Beziehungen auf eine neue Basis zu stellen. Vorerst sind so bald wie möglich exploratorische Gespräche aufzunehmen, die dann in der zweiten Hälfte dieses Jahres zu eigentlichen Verhandlungen hinübergeleitet werden können.

Herr Fabijanski: Sorge bereitet der polnischen Seite vor allem die unausgeglichene Handelsbilanz zu Ungunsten von Polen; diese Tendenz hat sich in jüngster Zeit noch verstärkt. Dieses Ungleichgewicht, das heute 1:2 steht, kennzeichnet den polnisch-schweizerischen Handelsaustausch seit dem letzten Weltkrieg. Hier stellt sich für Polen vor allem auch ein Devisenproblem.

In polnischer Sicht geht es darum, einen neuen Vertrag auszuhandeln, welcher der Situation Polens besser Rechnung trägt. Es müssen Möglichkeiten für eine Diversifikation der polnischen Exporte geschaffen werden. Dies kann durch wissenschaftlich-technische und industrielle Zusammenarbeit geschehen. Möglichkeiten der Entwicklung der gegenwärtigen Beziehungen sind durchaus vorhanden.

Tatsächlich ist Polen in bezug auf die erwähnte Junktim-Abmachung in Verzug. Der gute Wille ist jedoch durchaus vorhanden; Polen hat Käufe getätigt (Pferde, Käse) und sucht nach Möglichkeiten, seiner Verpflichtung nachzukommen. Es gilt jedoch auch die objektiven Gründe für die polnischen Schwierigkeiten zu berücksichtigen: Polen kauft im allgemeinen keinen Käse im Ausland, und für die schweizerischen Viehrassen sind die polnischen Lebensbedingungen nicht günstig.

Herr Willmann: Der vor 22 Jahren abgeschlossene Vertrag hat seinen Dienst getan. Die gegenwärtigen Gegebenheiten sind anders geartet, und ihnen muss denn auch der alte Vertrag angepasst werden. Oder es ist ein neues Vertragswerk zu schaffen. Letzterer Lösung gibt Polen den Vorzug, wie dies übrigens auch in seinem Verhältnis z.B. zu Frankreich, Italien, der Bundesrepublik und Dänemark der Fall war.

Der neue polnisch-schweizerische Vertrag sollte auf eine breitere Basis gestellt werden: neben dem Handelsverkehr müsste die wissenschaftlich-technische und industrielle Zusammenarbeit Berücksichtigung finden. Dies würde der neuen Situation entsprechen.

Polen ist bereit, mit den Experten-Gesprächen so bald wie möglich zu beginnen, damit eine neue Konzeption unserer Handels- und Wirtschaftsbeziehungen ausgearbeitet werden kann.

Herr Probst: Für die Zukunft geht es nicht darum, den alten Vertrag zu revidieren, sondern um die Schaffung eines neuen Instruments. Im Falle der Schweiz ist es allerdings nicht leicht, die

industrielle Zusammenarbeit zu generalisieren. Unser Land ist in dieser Hinsicht ein Spezialfall. Wir sind uns jedoch der Bedeutung der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit durchaus bewusst.

Beim bestehenden Unterschied der Wirtschaftssysteme können wir in einem Vertrag für die industrielle Zusammenarbeit nicht mehr als einen Rahmen des guten Willens schaffen, jedoch nicht verbindlich versprechen, diese oder jene Zusammenarbeit dieser Art werde sich tatsächlich auch verwirklichen lassen. Es muss die für beide Länder geeignete Formel gefunden werden. Auch in bezug auf den unausgeglichenen Handelsverkehr trägt nicht der schweizerische Staat die Schuld. Die Schweiz ist zwar ein interessanter, aber kein leichter Markt. Hier müssen die polnischen Bemühungen noch verstärkt werden. Wir sind bereit, sie nach Möglichkeit zu unterstützen. In diesem Zusammenhang empfehlen wir Polen, seine vorgesehene Beteiligung am Comptoir Suisse nach Kräften zu nützen.

5. Am Ende der Arbeitssitzung werden noch folgende bilateralen Einzelfragen behandelt:

Herr Thalmann geht auf den polnischen Wunsch nach einer Intensivierung des Stipendiaten-Austauschs ein und erklärt hiezu, dass diesem Begehren schweizerischerseits grosses Verständnis entgegengebracht wird. Beim Stipendiaten-Austausch geht es nicht nur um Ausbildung, sondern er bietet auch günstige Gelegenheit, sich gegenseitig besser kennenzulernen. Wir sind deshalb ebenfalls daran interessiert, und wir nehmen den polnischen Wunsch gerne zur Kenntnis. Allerdings ist die Zahl der Stipendien für Ausländer in den kommenden Jahren aufgrund eines Bundesratsbeschlusses bereits festgelegt, und es bietet sich fürs nächste keine Gelegenheit, daran etwas zu ändern.

Herr Willmann unterbreitet schliesslich die beiden folgenden Anliegen:

- 13 -

Polen möchte den Austausch von Journalisten in den Bereichen von Presse, Radio und Television entwickeln und bittet um schweizerische Unterstützung.

Polen feiert 1973 den 500. Geburtstag von Kopernikus. In der ganzen Welt, so unter anderem im Rahmen der UNESCO, sind Gedenkfeiern vorgesehen. Die polnische Seite wäre dankbar, wenn die Schweiz ebenfalls ihren Beitrag leisten würde.

Zum ersten Punkt teilt Herr Erni mit, dass bereits entsprechende Schritte über unsere Botschaft in Warschau eingeleitet wurden, und zum zweiten Punkt versichert Herr Burckhardt, mit den zuständigen Stellen in der Schweiz Kontakt aufnehmen zu wollen.

Ende der Sitzung.